

Herr Heikaus von der den Antrag stellenden Fraktion begründete diesen. Er stellte auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden klar, dass der Beschlussvorschlag nur den 1. Absatz umfasst beginnend mit „Die Verkehrssituation in der Niederpleiser Straße...“, und endend „...sicherer gemacht werden kann“.

Herr Steinkamp von der Verwaltung teilte mit, dass die geschilderte Verkehrssituation nachvollziehbar ist. Das habe man auch festgestellt. Fraglich ist, wie man dem Problem entgegen treten kann. Die Fraktion habe in ihrem Antrag selbst festgestellt, dass Schilder und Markierungen nicht beachtet werden. Die jetzt beantragten weiteren Schilder und Markierungen würden nur dann Sinn machen und umsetzbar sein, wenn eine Kontrolle erfolgt. Es mache Sinn, in der Einmündung des Laubenweges und auf der Gartenstraße zusätzlich zu den gesetzlich geschützten Räumen eine Markierung anzubringen. Seitens der Straßenverkehrsbehörde sage man jetzt zu, das umsetzen zu wollen. Hinsichtlich der Überwachung verwies er auf den in der nächsten Hauptausschusssitzung zu behandelnden Antrag, wonach die Verwaltung über die Überwachung des ruhenden Verkehrs zu berichten habe.

Frau Jung von der FDP-Fraktion stellte fest, dass Anträge über derartige Ordnungswidrigkeiten in fast jeder Sitzung vorliegen. Das hier sei kein Einzelfall. Mit den jetzt von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen sei sie einverstanden. Sie habe aber den Eindruck, dass sich die Schilder in Sankt Augustin unheimlich vermehren. Sie stimme der Verwaltung zu, dass solche Missstände wie im Antrag geschildert nur durch mangelhafte Kontrollen entstünden. Lösungsmöglichkeiten wären daher strengere Kontrollen.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass der nächste Tagesordnungspunkt der von seiner Fraktion gestellte Antrag zur selben Situation sei. In seinem Antrag wäre zusätzlich noch das Thema „Zebrastreifen vor dem Kindergarten“ genannt. Man hätte beide Sachen zusammen abhandeln können. Vielleicht könne die Verwaltung hierzu bereits jetzt etwas sagen.

Da sich hiergegen kein Widerspruch seitens des Ausschusses erhob, führte die Verwaltung aus, dass es vor dem Kindergarten gewisse Regularien gäbe, die einzuhalten sind. Zum einen befinde man sich in der Tempo-30-Zone. Ein Übergang sei hier in der Regel nur an ganz exponierten Stellen möglich. Für die Kindergartenkinder, die von den Eltern bis zur Tür des Kindergartens gebracht werden und die dabei auch noch im Halteverbot stehen, bräuchten ohnehin keine Zebrastreifen angelegt werden. Das vertiefend zu prüfen, wie im Antrag gefordert, bestehe keine Notwendigkeit.

Herr Müller von der CDU-Fraktion wandte ein, dass Grenzmarkierungen kein Heilmittel seien. Wenn man sage, man wolle keine Schilder, dann könne man auch keine Grenzmarkierung fordern. Die Disziplin der Leute sei auf den Nullpunkt gesunken. Auch zusätzliche Grenzmarkierungen würden hier nichts bringen.

Herr Schumacher als Ortsvorsteher von Mülldorf stimmte den Vorrednern zu, dass die Verkehrsteilnehmer heute sehr rücksichtslos seien. Insbesondere wies er auf die Jüchstraße in Sankt Augustin-Mülldorf hin. Dort befinden sich Parkmarkierungen. Aber jeden Tag würde permanent dort ein Auto abgestellt. Bis heute wurde dort noch keine

Verwarnung ausgesprochen. Er schlage daher vor, das Ordnungsamt personell aufzurüsten.

Herr Schell von der CDU-Fraktion stellte fest, dass man sich vom Grunde her einig sei, dass man einen höheren Kontrolldruck benötige. Daher habe man auch den bereits erwähnten Antrag im Haupt- und Finanzausschuss gestellt. Durch diesen Kontrolldruck sollten die Fahrzeugführer erzogen werden.

Auch Herr Heikaus erkannte den Bedarf nach vermehrter Kontrolle.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass man nunmehr die Prüfaufträge habe, die durch die Aussagen von Herrn Steinkamp im Protokoll nachlesbar sind und man keine Beschlüsse fassen müsse.

Dies wurde von den Fraktionen auch so gesehen.